

Kasseler Erklärung für eine Grüne Agrar- und Ernährungspolitik

Zeit, dass sich was dreht

Nach Jahren des großkoalitionären und schwarz-gelben Stillstands bewegt sich etwas in der deutschen Landwirtschafts- und Verbraucherpolitik - und diese Bewegung ist grün. Mündige Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht mehr mit der Politik von CDU, CSU, FDP und Agrarlobby unter dem Motto „Es wird gegessen, was auf dem Tisch kommt“ abspeisen. Sie wollen wissen: Woher kommen die Lebensmittel? Steht drauf, was drin ist? Wurden beim Anbau gentechnisch veränderte Organismen (GVO) oder Pestizide eingesetzt? Wie werden Tiere gehalten? Sind multiresistente Keime aus der Tierhaltung im Fleisch? Welche Umweltbelastungen entstehen gerade durch die agrarindustrielle Produktion?

Die Zeit des agrarpolitischen Kuhhandels in nächtlichen Hinterzimmerrunden ist vorbei. Die Menschen wollen eine transparente Lebensmittelproduktion, die sich an demokratisch vereinbarte Standards hält. Für diese Wende stehen die Grünen mit mittlerweile 6 Ministerinnen und Ministern in der Agrar- und Verbraucherpolitik. In diesem September geht es nun um die Mehrheit in Bayern, Hessen und im Bund. Auch bei diesen Wahlen stehen wir für den Wandel, für

Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Der bäuerlich-ökologische Betrieb mit starkem regionalen Produktionsschwerpunkt ist das Leitbild unserer Politik. Er produziert im Einklang mit Umwelt-, Kulturlandschafts-, Tierschutz- und VerbraucherInneninteressen und erwirtschaftet daraus ein regional vergleichbares Einkommen. Am bäuerlichen Betrieb orientieren wir uns, wenn wir uns in der EU für ein

„Greening“ und eine starke 2. Säule statt Subventionierung der Agrarindustrie

einsetzen. Wir wollen, dass nur der landwirtschaftliche Betrieb, der klar definierte gesellschaftliche Leistungen erbringt, Direktzahlungen aus der **ersten Säule** bekommt. Alle nationalen Spielräume, die die europäische Agrarpolitik bietet, sollen im Sinne einer ökologischen und sozialen Landwirtschaft genutzt werden.

Die Grünen stehen außerdem für eine Stärkung und klare Ausrichtung der **zweiten Säule**. Aus diesem Topf sollen zielgerichtet die dringend benötigten Agrarumweltmaßnahmen gefördert. Leider haben Ilse Aigner und Angela Merkel bei den EU-Verhandlungen wenig Interesse für die zweite Säule gezeigt, mit dem Ergebnis, dass das deutsche Budget überproportional um 20% gekürzt wird. Wir Grünen werden uns deshalb dafür einsetzen, dass 15% der Mittel aus der ersten Säule in die zweite übertragen werden. Dadurch können notwendige Strukturmaßnahmen für den ländlichen Raum in Zukunft genauso weiter gefördert werden wie Agrarumweltmaßnahmen, der ökologische Landbau oder Netzwerke zur Schulverpflegung. Genauso gering wie der Einsatz für die zweite Säule fällt das Engagement der Bundesregierung für die Milchviehhaltung aus. Grüne Landwirtschaftspolitik steht hingegen für

die Kuh auf der Weide statt Weltmarktpproduktion im Massenstall.

Die deutschen MilchbäuerInnen stehen unter starkem Existenzdruck. Die alte Vorgabe „Wachsen oder Weichen“ oder hohe Milchleistung für geringe Milchpreise hat zwar zu

größeren Betrieben geführt, nicht aber automatisch zu rentablieren! Megaställe, mehr Arbeit und Schulden sind das Ergebnis dieser Entwicklung, keinesfalls aber zukunftsfähige und nachhaltige Betriebe. Wir wollen dagegen diejenigen Betriebe stärken, die Kühe noch auf die Weide führen und heimisches Futter verwenden. Die agrarindustrielle Exportorientierung der Bundesregierung lehnen wir ab. Wir fordern deshalb eine Stärkung der MilcherzeugerInnen in ihrer Marktmacht gegenüber den großen Molkereien sowie eine Nachfolgeregelung für den Wegfall der Milchquote. Auch in anderen Bereichen der Tierhaltung gilt für uns das Prinzip

artgerecht statt massenhaft.

Nicht die Tiere haben sich den Haltungssystemen anzupassen, sondern die Haltungssysteme den Bedürfnissen der Tiere. In den Ländern und im Bund werden wir in den Tierhaltungsverordnungen deutliche Verbesserungen für die Tiere auf den Weg bringen: Mehr Platz, mehr Auslauf, mehr Frischluft, längere Mastzeiten und ein wirksames Verbot von Qualzuchten und Verstümmelungen stehen ganz oben auf der Grünen Agenda. Mit einer grundlegenden Veränderung der Haltung wird es uns auch gelingen, den hohen Antibiotikaeinsatz wirksam zu drosseln und damit die Ausbreitung für den Menschen gefährlicher multiresistenter Keime zu bremsen. Ebenso wie die fabrikmäßige Haltung von Tieren lehnen wir die Auswüchse agrarindustrieller Anbaumethoden ab und sagen:

Ökologische und gesunde Lebensmittel statt Genfood und Pestizidcocktail

Über 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen die Agrogentechnik ab. Sie sagen: Gentechnik – Nein Danke. Sie wollen wie wir diese Art der Produktion in Deutschland ausschließen und mit einer „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung Klarheit beim Einkauf haben. Die Gentechnik führt zu einer weiteren Monopolisierung im Saatgut, und zu einem stärkeren Pestizideinsatz in der Landwirtschaft und damit zu Schäden für die Gesundheit. Pestizide gefährden die Gesundheit, verschmutzen Böden und Gewässer und bedrohen die Bienen in ihren Existenz, die für 70% der Erträge aus der Landwirtschaft verantwortlich sind. Wir brauchen dringend einen wirksamen nationalen Aktionsplan, um den Pestizideinsatz drastisch zu reduzieren und die Entwicklung alternativer, biologischer Pflanzenschutzmittel zu fördern.

Regionalität und Vielfalt

müssen erhalten bleiben. Wir wollen keine Vereinheitlichung und Reduzierung auf wenige Gemüse- oder Obstsorten. Es gibt in Deutschland rund 2.000 verschiedene Apfelsorten, aber im Supermarkt finden sich in der Regel immer die vier gleichen Sorten. Wir stärken deshalb die regionale und saisonale Küche, besonders in Menschen und Küchen. Das schmeckt nicht nur gut, sondern ist auch besser für Umwelt und Klima. Wir wollen die Biodiversität schützen, denn nur mit Vielfalt sichern wir unsere Lebensqualität.

Transparenz schaffen für Verbraucher

Eine **Lebensmittel-Kennzeichnung** muss die Wahrheit sagen und leicht verständlich sein. Bilder von glücklichen Tieren auf Produkten aus Massentierhaltung sind bewusste Irreführungen und dreiste Verbrauchertäuschung. Wir wollen, dass Tierhaltungsbedingungen, Herstellungsbedingungen, Inhaltsstoffe und die Herkunft von Lebensmitteln klar und einfach erkennbar sind. Die Kennzeichnung der Haltebedingungen von Hennen soll auch auf Eier in verarbeiteten Produkten ausgedehnt werden.

Eine **Nährwert- Ampelkennzeichnung** auf verarbeiteten, zusammengesetzten Lebensmitteln soll den Gehalt an Fett, Zucker und Salz sichtbar machen.

Kontrolle verbessern

Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch ehrlich arbeitende Betriebe müssen wirkungsvoll vor Lebensmittelskandalen und Betrug geschützt werden. Dafür brauchen wir **wirksame Kontrollen** vom Bauernhof bis zum Supermarktregal. Darum müssen wir die Lebensmittelüberwachung ausbauen. Die Überwachung risikoreicher bzw. überregional tätiger Lebensmittelunternehmen sollte auf Landesebene stattfinden, das Strafmaß für Vergehen erhöht und klare Standards für Eigenkontrollen und Meldepflichten gesetzt werden. Außerdem brauchen wir rechtssichere Vorgaben für die Nennung von Ross und Reiter auch bei Täuschung. Durch Täuschung erzielte Gewinne sollten abgeschöpft werden und in den Verbraucherschutz fließen.

Mit einem **Hygienebarometer oder Smiley** in jedem Gastronomiebetrieb wollen wir Schmuddelküchen und Musterbetriebe unterscheidbar machen. Das schafft Transparenz für VerbraucherInnen und kann dazu beitragen, schwarze Schafe vom Markt zu drängen.

Gesundes Essen von Anfang an

Ernährungskompetenz entsteht, wenn eine gute Ernährungsbildung auf gesundheitsförderliche Strukturen trifft. Wir wollen die Verbraucher- und Ernährungsbildung verbindlich im Schulunterricht verankern und ein **gesundes tägliches Essensangebot in Kitas und Schulen** zur Regel machen. Wir wollen mit einem Bundesprogramm den flächendeckenden Ausbau der gesunden Kita- und Schulverpflegung in Deutschland voranbringen. Dabei sollen regionale und ökologische Versorgungsstrukturen in der Gemeinschaftsverpflegung gefördert werden. Wir streben einen Bioanteil von mindestens 20 % in der Gemeinschaftsverpflegung an.

An Kinder gerichtetes Marketing und den Etikettenschwindel bei sogenannten Kinderlebensmitteln wollen wir eindämmen. Vor allem schwache und unerfahrene Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche brauchen klare Schutzzräume. Dafür wollen wir die Werbung um diese Zielgruppe einschränken.

Teller statt Tonne

Die Verschwendug von 80.000 Tonnen Lebensmitteln in Deutschland pro Jahr darf nicht so weiter gehen. Unser Ziel ist es, die **Lebensmittelverschwendug** bis 2020 zu halbieren. Dafür ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen notwendig, das auch Handel, Gastronomie und Industrie in die Pflicht nimmt und nicht die Verantwortung alleine den VerbraucherInnen aufbürdet.